



Haag: Ausweitung des Grundstücksfonds auf bebaute Grundstücke widersinnig

Wohnungsmangel braucht Neubauten und mehr Investitionen und nicht Überführung von Privat- in Staatseigentum.

Friedrich Haag, wohnungspolitischer Sprecher der FDP/DVP Fraktion, kommentiert die Ankündigung von Wohnungsbauministerin Nicole Razavi, den Grundstücksfonds des Landes auch für den Ankauf bereits bebauter Grundstücke ausweiten zu wollen:

„Laut Ministerin Razavi ist die Lösung für die Wohnungsfrage also Folgendes: Bebaute Grundstücke mit vermieteten Wohnungen in Privatbesitz sollen mit Hilfe des Grundstücksfonds gekauft werden können und in öffentlichen Besitz übergehen. Es soll also Steuergeld ausgegeben werden, damit der Besitzer wechselt, nicht aber damit neues Bauland erschlossen wird. Am Ende ist der Fonds leer, aber keine einzige neue Wohnung geschaffen! An Widersinnigkeit ist das kaum zu überbieten!

Diese Logik zeigt einmal mehr die Fehler der Landesregierung: Anstatt mehr Regulierung und immer neuen Auflagen brauchen wir endlich mehr Investitionen und eine Verbilligung des Bauens. Die Verdrängung von Privatakteuren durch den Staat ist der falsche Weg – im Gegenteil, wir brauchen Neu- und keine Ersatzbauten und mehr Anreize für private Investitionen. Anstatt also 100 Millionen Euro an die Kommunen zu geben und den Verwaltungsapparat weiter aufzublasen, sollte das Land lieber die Grunderwerbssteuer senken um damit Wohnen bezahlbarer machen. Damit können Familien gefördert, privates Kapital aktiviert und der Aufbau von Wohneigentum unterstützt werden. Denn am Ende ist die Lösung für die Wohnungsfrage simpel: Bauen, Bauen, Bauen. Und das wird nur mit Privatakteuren gelingen!“